

Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939-1942 [Bernd Martin]

Autor(en): **Stamm, Konrad**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **25 (1975)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

superflu le camouflage idéologique auquel a donné lieu la Révolution française. De ce fait, la théorie élaborée à cette époque est une théorie claire et transparente de l'Etat bourgeois. Son importance est considérable, tant dans la constitution du «rêve américain» que par son influence en retour sur l'Europe et par la vision des E.U. qu'elle a formée. A tel point, relève l'auteur, que, finalement, l'intervention manifeste de l'Etat américain, au cours de ces dix dernières années, pour soutenir, un peu partout dans le monde, des régimes d'oppression, a plus fait pour ébranler la bonne conscience bourgeoise que l'expérience historique du fascisme.

Cette étude historique, soigneusement documentée, s'inscrit dans le vaste mouvement de remise en question des interprétations traditionnelles de l'histoire américaine, entrepris par Charles A. Beard dès 1913, et poursuivi, avec des périodes creuses, jusqu'à nos jours. Et ce n'est pas un des moindres mérites du livre que de faire le point, pour chaque question importante, des différentes conceptions historiographiques.

Contrairement aux premiers chapitres, où l'auteur s'efforce d'étudier le processus global qui a conduit les treize colonies à l'indépendance puis à l'Union, la dernière partie se limite à l'analyse des programmes politiques: celui du gouvernement fédéraliste, puis celui des démocrates et de Jefferson. Ce «rêve américain», cette théorie de la liberté fondée sur l'indépendance économique de l'individu, est un produit original du Sud, de cette société repliée sur elle-même, cultivée, qui, par son mélange de mœurs républicaines et de manières aristocratiques a charmé tant de voyageurs, depuis Tocqueville jusqu'à Hannah Arendt. Mais son fondement réel, c'est l'esclavage. L'*American Dream* est le résultat d'expériences réelles d'émancipation réelle, d'où sa force d'action idéologique durant deux siècles. Expression d'une supériorité des Américains sur leurs contemporains en matière de liberté, il fournira tout un arsenal critique à l'égard des résultats politiques et sociaux du développement capitaliste. Mais la contradiction entre liberté individuelle et accumulation du capital n'étant pas abolie, il ne trouvera d'autre échappatoire à la prolétarianisation du citoyen que le maintien de l'esclavage pour les non-citoyens.

Ce petit ouvrage, intelligent et solidement documenté, incite à la réflexion et constitue une intéressante contribution à la théorie marxiste des sociétés bourgeoises. Les événements actuels aussi bien que l'approche du bicentenaire des Etats-Unis lui donnent une brûlante actualité.

Genève

Marc Vuilleumier

BERND MARTIN, *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939-1942*. Düsseldorf, Droste, 1974. 572 S. (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft. Bd. 6.)

Der deutsche Historiker Bernd Martin stellt in seiner Habilitationsschrift die Friedensfrage vor dem Hintergrund der internationalen Beziehungen und der national begrenzten innenpolitischen Machtverhältnisse

in der ersten Hälfte des letzten Weltkrieges dar. Ausserdem versteht sich das Buch auch als eine Fallstudie zur historischen Friedensforschung, aus der sich, nach Ansicht des Autors, allgemeine Konsequenzen für bisher faktenmässig ungenügend abgesicherte Theorien zur Beendigung moderner Kriege ableiten lassen sollen. Zudem rechnet es sich der Verfasser als Verdienst an, selbstgefällige nationale Mythisierungen der eigenen Haltung einzelner Staaten, von Grossmächten wie kleinen Neutralen, zu-rechtzurücken und gängige, zu stark militärstrategisch orientierte Interpretationen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu modifizieren. Doch in dieser Hinsicht, um es gleich vorwegzunehmen, fördert er wenig neue Erkenntnisse zutage. Die kaum mehr überblickbare Literatur der letzten paar Jahre, die sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinandersetzt, hat solche Entmythisierung schon längst und gründlich besorgt. Die Antwort auf die Frage, inwieweit sich aus vergangenen Kriegen im allgemeinen und aus der vorliegenden Darstellung des Zweiten Weltkriegs im speziellen für die Friedensforschung massgebliche Erkenntnisse ableiten lassen, muss jedem einzelnen Leser überlassen bleiben. Jedenfalls verzichtet Martin darauf, die sich – wie er behauptet – aus seinem Buch ergebenden «allgemeinen Konsequenzen» klar aufzuzeigen.

Der Versuch, die wichtigsten Gedanken des über 500 Seiten starken Werks festzuhalten, ergibt folgende kurze Zusammenfassung:

Deutschland: Da sich Hitlers Kriegsziele mit den überspannten Weltmachtvorstellungen konservativer deutscher Führungsschichten und den von ihnen mitgeprägten «geheimen» Wünschen des Volkes deckten, konnte die nationalsozialistische Führung mit den militärischen Siegen zwar keine Kriegsbegeisterung entfachen, wohl aber Friedensströmungen unterbinden. Auf den grossen Ostkrieg als entscheidenden Durchbruch zur Weltherrschaft fixiert, konnte Hitler, sofern er nicht auf halbem Wege stehenbleiben wollte, keinen Frieden offerieren und keine ernsthaften Angebote aufgreifen, sondern allein bedingungslose Unterwerfung akzeptieren. Dass er nach dem Triumph in Frankreich, als Europa in Erwartung einer staatlichen Neuordnung durch Deutschland verharrte, und erneut nach den Siegen von 1941 im Ostkrieg nicht den politischen Schritt unternahm, den die Engländer stärker fürchteten als die militärische Invasion der Insel, nämlich ein generöses Friedensangebot zu offerieren, ist allein aus seiner dogmatischen Festlegung auf die Alternative «Weltmacht oder Niederlage» zu erklären. Die Möglichkeit, durch aussenpolitisches Taktieren mit der Friedensfrage beziehungsweise Diktieren der Bedingungen das Ziel deutscher Weltgeltung geschmeidiger und unter geringeren Opfern an Menschenleben zu erreichen, lag ausserhalb seines sozialdarwinistischen Denkansatzes.

Frankreich: Obwohl die öffentliche Diskussion über Friedensziele in Frankreich untersagt war, konnten auf Ausgleich bedachte Politiker, die eine Rückkehr zum Status quo ante bei einer amerikanischen Garantie erwogen, in einer Krise oder im Fall der militärischen Niederlage auf

Unterstützung weiter Kreise rechnen, wie dann das Beispiel der in Frankreich weitherum gebilligten Kapitulation Pétains demonstrierte.

Grossbritannien: Die langfristige englische Europakonzeption einer friedlichen Aufwertung Deutschlands zum potentiellen kontinentalen Verbündeten wurde durch Hitlers wahnwitzige Aggressionspolitik zunichte gemacht. In Verkennung der Hitlerschen Endvorstellungen setzte die Regierung Chamberlain noch auf eine interne «Wachablösung» in Berlin. Mit der Regierungsübernahme Churchills verhärtete sich jedoch die englische Haltung gegenüber einem Friedensschluss mit Deutschland. Solange die USA nicht aktiv in die Kampfhandlungen eingriffen, zielte die britische Strategie darauf ab, militärisch durch eine Peripheriekriegführung und politisch durch rigoroses Ablehnen jeglicher, von welcher Seite auch immer vorgebrachter Friedensvorschläge die von Hitler angestrebte Neuordnung Europas zu verhindern. Die Loyalität der britischen Bevölkerung gegenüber der Staatsführung und die Homogenität einer sich als Führungselite verstehenden Oberschicht vermieden, dass England der Versuchung erlag, sich mit den Deutschen zu arrangieren.

Neutrale Staaten: Der Einfluss der neutralen Staaten auf das Kriegsgeschehen sank in dem Masse, in dem sich der Konflikt ausweitete und sich die militärische Überlegenheit Deutschlands abzeichnete. Die einzelnen Friedensaktionen der Neutralen, besonders ab Sommer 1940, waren allein von der Sorge um den Fortbestand ihrer Eigenstaatlichkeit diktiert und erreichten ein Jahr später das Ausmass von an Deutschland und den «abendländischen Führer» gerichteten Ergebnisserklärungen.

USA: Eine amerikanische Friedensvermittlung, die nur den Status quante hätte garantieren können, lief dem amerikanischen weltweiten «Pazifizierungsprogramm» zuwider. Roosevelt lehnte deshalb die ihm mehrfach von seinen eigenen Landsleuten und von europäischen Neutralen angefragene Rolle des «starken Vermittlers» rundweg ab. Dass die USA – immer nach Bernd Martin – durch diplomatische Untätigkeit die westeuropäischen Demokratien dem Angriff Hitlers überantworteten, ja ihnen nicht einmal eine zur Aufrüstung dringend benötigte Ruhepause aushandelten und sie, als sie schliesslich im ungleichen Kampf gegen einen überlegenen Gegner standen, mit Durchhalteparolen anstatt mit Material unterstützten, offenbarte den Zynismus der Macht oder, wie es Churchill beurteilte, ein weitgehendes eigenes Sicherheitsstreben der USA.

Inoffizielle Vermittler: Die multinationale Verflechtung einzelner Industrien liess den scheinbar über territoriale Streitigkeiten entfachten Krieg in den Augen der Industriemanager zu einem anachronistischen Widersinn werden, der keinen Gewinn versprach, sondern nur mühsam aufgebauete, profitable Konzerne zu zerstören drohte. Wenn daher amerikanische Wirtschaftsvertreter mit Billigung Roosevelts in Friedensmissionen nach Europa reisten, waren ihre Motive weniger von humanitären Erwägungen als vielmehr von wirtschaftlichen Interessen diktiert.

Eine weitere Gruppe potentieller Friedensunterhändler rekrutierte sich aus ehemaligen, noch immer angesehenen Politikern und den engsten Vertrauten der jeweiligen Staatsführer. Sie waren mit dem Metier diplomatischer Unterhandlungen vertraut, ohne im politischen Rampenlicht in der vordersten Reihe gestanden zu haben. Ihre Friedensbestrebungen kamen einem Erfolg noch am nächsten, denn sie verhandelten auf dem Boden gegebener Tatsachen für einen von politischen Losungen weniger getrübbten Kompromiss, der als Ergebnis langjähriger Berufspraxis pragmatische Züge aufwies. Als Vertreter dieser Kategorie werden Sumner Welles und Rudolf Hess angeführt, deren Bestrebungen jedoch von höchster Stelle blockiert wurden, weil sie beide die Endziele der ihnen übergeordneten Staatsführer nicht kannten.

Schlussfolgerung: Im Zweiten Weltkrieg haben sich – die ideologischen, allerdings entscheidenden Differenzen ausgeklammert –, wie bereits 25 Jahre vorher, die traditionellen Staatsführungen für Friedensverhandlungen als unfähig erwiesen. Darüber hinaus hat der Nationalsozialismus die Moralvorstellungen des Individuums und die an sie knüpfenden Normen vom Zusammenleben der Völker vollends pervetiert und als nationale deutsche Eigenschaften im negativen Sinne vermutlich noch auf Generationen hinaus präjudiziert. Die Suche nach neuen Formen, innerstaatliche, beziehungsweise zwischenstaatliche Konflikte zu lösen, ist daher ein legitimes Anliegen, das jedoch nicht auf den Bereich akademischer Forschung eingeeengt werden darf.

Kritik: Eine Kritik des Buches von Martin, das sich auf eine imponierende Fülle von Quellen abstützt und den Anspruch erhebt, das Verhältnis von mindestens 15 Staaten, ja sogar einzelner, zum Teil opponierender oder untereinander konkurrenzierender Gruppierungen innerhalb dieser Staaten, zu Kriegsverlauf, Kriegszielen und Friedensinitiativen zu erfassen, kann natürlicherweise nur soweit erfolgen, als der Rezensent mit den zugrundeliegenden Quellen und Darstellungen einigermaßen vertraut ist; das heisst in unserm Fall vor allem auf dem Gebiet der «Friedenspolitik» der neutralen Staaten und der USA. Da die paar kritischen Bemerkungen aber eher allgemeiner Natur sind, dürften sie möglicherweise auch weiterreichende Geltung besitzen. Sie betreffen jedoch nicht jene Kapitel, in denen sich der Verfasser mit der deutschen und britischen Politik auseinandersetzt. Aber gerade der auffallende Unterschied in der Fundiertheit der Analyse was Deutschland und England einerseits und die übrigen zur Darstellung gebrachten Länder andererseits anbetrifft, scheint ein wesentliches Merkmal des vorliegenden Buches zu sein, offensichtlich darauf zurückzuführen, dass sich Martin praktisch ausschliesslich in deutschen und englischen Archiven dokumentierte und im übrigen auf die Auswertung einiger weniger ausgewählter Dokumente sowie auf ein paar Zeugnisaussagen und auf die Sekundärliteratur angewiesen blieb. Dadurch misslang es dem Autor, über den Inhalt von ein paar offiziellen Akten-

stücken hinaus das tatsächliche, oft äusserst vielschichtige, sich aus zahlreichen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen, historischen, sprachlichen, kulturellen und auch ethischen Motiven ergebende Verhältnis eines Landes und seiner Bevölkerung zu den Kriegsparteien, ihren Kriegszielen und damit auch zu den Bemühungen um einen Frieden zu erfassen.

So wird beispielsweise die schweizerische politische Landschaft auf den blossen Dualismus einer nach Berlin tendierenden Gruppierung rund um Pilet-Golaz und einer für die unbeugsame, militärisch demonstrativ bekundete Unabhängigkeit eintretende Anhängerschaft General Guisans reduziert, wobei Guisans «konservativ nationalbewussten Kräfte schliesslich über die Wegbereiter Hitlers siegten». (Ein wenig begründeter Seitenhieb gegen Bonjours «Geschichte der schweizerischen Neutralität» vermag solch grosszügige Simplifizierung nicht zu verbessern.) Vor derart vereinfachtem Hintergrund – wie er nicht nur für die Schweiz gezeichnet wird – ergibt sich in verschiedener Hinsicht eine etwas schiefe Beleuchtung des Grundthemas und es fallen einige wenig gerechtfertigte Pauschalurteile. Eine differenzierte Darstellung der innerstaatlichen Auseinandersetzungen in den verschiedenen von Martin zur Untersuchung herangezogenen Ländern würde jedoch die Möglichkeiten eines einzelnen Forschers bei weitem übersteigen. Es ist deshalb schade, dass sich der Verfasser nicht einer genau definierten Beschränkung, beispielsweise auf die offizielle Regierungspolitik, auf die offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen unterzogen und sich damit die Kritik erspart hat, die sein Versuch, das Unmögliche zu bewältigen, notgedrungenemassen bewirken musste. Anregende theoretische Erwägungen und originelle Interpretationen der Hitlerschen Machtpolitik machen das Buch Martins trotz aller hier vorgebrachten Vorbehalte über weite Strecken dennoch lesenswert.

Bern

Konrad Stamm

VEIT HARLAN, *Le cinéma allemand selon Goebbels* (trad. fr.). Paris, Editions France-Empire, 1974. In-16, 382 p., photos.

L'importance accordée au cinéma comme moyen de propagande par le III^e Reich a été telle qu'aucune étude sérieuse des méthodes de gouvernement du régime nazi ne peut négliger les témoignages filmiques. L'ensemble de cette production a été enfin étudiée de façon systématique au cours de ces dernières années¹. On voit donc paraître avec intérêt des documents concernant les réalisateurs ou les conditions de réalisation de cette époque,

¹ DAVID STEWART HULL, *Film in the Third Reich*, Berkeley-Los Angeles, 1969; FRANCIS COURTADE et PIERRE CADARS, *Le cinéma nazi*, Paris, 1972; DOROTHEA HOLLSTEIN, *Antisemitische Filmpropaganda*, München-Pullach-Berlin, 1971; WOLFGANG BECKER, *Film und Herrschaft*, Berlin, 1973; *Der Weg ins Dritte Reich. Deutscher Film und Weimars Ende*, Oberhausen, 1974; etc.